

Medienmitteilung

Digital als erste Wahl

Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung verabschiedet

(Bern: 27. September 2018) Um die Digitalisierung gemeinsam mit dem Bund und den Gemeinden anzupacken, haben sich die Kantone auf Leitlinien zur Digitalen Verwaltung verständigt. Die Kantone wollen diesen Modernisierungsschritt aktiv angehen: Die digitale Interaktion mit der Verwaltung soll für die Bevölkerung und die Wirtschaft zur ersten Wahl werden.

Am 27. September 2018 hat die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Leitlinien zur Digitalen Verwaltung verabschiedet. Diese Leitlinien bilden das gemeinsame Grundverständnis der Kantonsregierungen bei den Themen Digitalisierung und E-Government ab. Sie dienen den Kantonen als Grundlage für die Erneuerung der E-Government-Strategie Schweiz, die auf Ende 2019 geplant ist. Die Leitlinien machen zudem deutlich, dass die digitale Transformation eine Zusammenarbeit über die Staatsebenen hinweg bedingt.

Digital First für Bevölkerung und Wirtschaft

Ziel ist eine konsequente Umsetzung des Prinzips "Digital First" für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Das heisst, dass die digitale Interaktion mit der Verwaltung zu ersten Wahl werden soll. Dadurch werden die Effizienz und Nutzerfreundlichkeit von Verwaltungsdienstleistungen gesteigert. Voraussetzung dafür sind eine durchgängige Digitalisierung der Verwaltung sowie Kanäle, die eine medienbruchfreie Kommunikation zwischen Verwaltung, Bevölkerung und Wirtschaft sowie zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden ermöglichen. Besonderes Augenmerk gilt der Datensicherheit und der informationellen Selbstbestimmung der Nutzenden.

Digitale Verwaltung ist mehr als E-Government

Zur Erreichung dieser Ziele definieren die Kantone sechs Handlungsfelder mit dem jeweiligen Handlungsbedarf und konkreten Lösungsansätzen. Deutlich wird, dass E-Government bloss ein Teilaspekt der Digitalen Verwaltung ist. Die Digitalisierung hat auch Auswirkungen auf die Organisationsstruktur und -kultur, auf Arbeitsweisen, Geschäftsmodelle und Datenwirtschaft. Aus Sicht der Kantone sind deshalb der Auftrag und die Aufgabenbereiche von E-Government Schweiz zu prüfen und die bestehenden Zusammenarbeitsstrukturen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden entsprechend anzupassen.

Kontakt / Rückfragen

- Regierungsrat Benedikt Würth, Präsident KdK (Tel. 079 639 26 60)
- Thomas Minger, stv. Generalsekretär KdK (Tel. 031 320 30 00)

Downloads unter <https://kdk.ch/de/aktuell/stellungnahmen/>

- Leitlinien der Kantone zur Digitalen Verwaltung vom 27. September 2018